

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Koppelung von SZR und Entwicklungshilfe

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1972) : Koppelung von SZR und Entwicklungshilfe, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 3, pp. 131-133

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134373>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Koppelung von SZR und Entwicklungshilfe

Dietrich Keschull, Hamburg

Seit der Schaffung der Sonderziehungsrechte (SZR) versuchen die Entwicklungsländer, mit Hilfe des neuen Mediums zusätzliches Kapital für den Entwicklungsprozeß zu mobilisieren. Sie fordern eine Koppelung von SZR und Entwicklungshilfe (Link). Sind ihre Vorstellungen wirklich so abwegig, wie die Industrienationen behaupten?

Die Industrieländer haben die absolute Stimmenmehrheit im Internationalen Währungsfonds (IWF), und sie gestalteten die SZR entsprechend ihrem eigenen Bedarf. Die SZR sollen danach vor allem zwei Zwecken dienen:

den mit weiterer Expansion des Welthandels ständig steigenden Liquiditätsbedarf der großen Handelsländer decken (die SZR haben in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung, da sie nicht nur als zusätzliches Reservemittel neben die bisherigen Reserven treten, sondern zugleich die rückläufige Bedeutung von Pfund, Dollar und Gold kompensieren sollen);

kurzfristige Zahlungsbilanzdefizite ausgleichen, die bei wachsendem Volumen des Außenhandels eines Landes wegen der zeitlichen Unpaarigkeit von Güter- und Kapitalströmen zwangsläufig häufiger auftreten.

Zur Sicherung des Reservecharakters und zugleich als Absicherung gegen eine übermäßige Inanspruchnahme und Schaffung von SZR wurde die Rekonstitutionspflicht eingeführt. Sie sieht vor, daß fünf Jahre nach der ersten Zuteilung und in der Folge am Ende jedes Kalendervierteljahres insgesamt mindestens 30 % der zugeteilten SZR – trotz vorheriger Verwendung – wieder vorhanden (rekonstituiert) sein müssen. Mit dieser Vorschrift soll vermieden werden, daß die SZR nicht als Reserven unter zahlungsbilanzpolitischen Aspekten verwendet werden und eventuell ausschließlich zur Finanzierung von Importen dienen.

Um eine übertriebene Schaffung von SZR zu vermeiden, sicherten sich die EWG-Länder außerdem eine Sperrminorität. Zur Schaffung neuer SZR sind 85 % der Fonds-Stimmen notwendig. Die EWG-Staaten verfügen allein über 16,2 % der Stimmen.

Die Verteilung der SZR erfolgt auf der Basis der bisherigen IWF-Quoten. Nach Auffassung der Entwicklungsländer tragen die SZR und der Verteilungsschlüssel ihren besonderen Bedürfnissen nicht in ausreichendem Maße Rechnung. Den Entwicklungsländern geht es weniger um Reserven zur Bekämpfung von Zahlungsbilanzungleichgewichten, sondern vielmehr um zusätzliche Finanzierungsmittel, die von den Industrieländern zur Verfügung gestellt werden sollen.

Forderungen der Entwicklungsländer

Um mehr Kapital für Entwicklungszwecke zu erhalten, fordern sie nachdrücklich eine Koppelung von SZR der Industrieländer und Entwicklungshilfe (Link). Bei den Vorschlägen für den Link lassen sich zwei Grundmodelle unterscheiden:

Ein Teil der SZR der Industrieländer wird nach der Zuteilung durch den IWF der internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) zur Verfügung gestellt. Die IDA tauscht diese SZR dann gegen die Währung der betreffenden Industrieländer um und verwendet die so gewonnenen Mittel zur Finanzierung entwicklungspolitischer Projekte (direkter Link).

Die Industrieländer nehmen ihre SZR zunächst selbst in Anspruch, stellen der IDA aber im zweiten Schritt einen bestimmten Prozentsatz davon in Landeswährung zur Verfügung (indirekter Link).

Dr. Dietrich Keschull, 31, Dipl.-Volkswirt, ist Leiter der Hauptabteilung Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

Der Prozentsatz, mit dem die Entwicklungsländer auf diese Weise an den SZR der Industrieländer beteiligt werden wollen, liegt nach den verschiedenen Plänen zwischen 25 und 75 %. (Die Frage der Rekonstitution ist beim Link nicht völlig geklärt. Sie müßte jedoch – soweit man überhaupt an ihr festhalten will – von der IDA übernommen werden.)

Die Vorschläge für den direkten und indirekten Link werden von den Industrieländern (z. B. Japan, Kanada, Frankreich, Belgien, Bundesrepublik Deutschland) vor allem mit drei Argumenten abgelehnt:

Der Link führt zur Interessengleichheit zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern mit ständigen Zahlungsbilanzdefiziten. Diese Länder werden gemeinsam immer wieder auf die Schaffung zusätzlicher SZR dringen.

Die Koppelung ermöglicht die Verwendung der künstlich geschaffenen SZR zur Importfinanzierung. Damit entsteht die Gefahr eines weltweiten Inflationsprozesses.

Die Verwendung der SZR zur Entwicklungsfinanzierung verändert ihren Charakter. Nach Ansicht der Industrieländer handelt es sich nicht um „reserves to spend“, sondern um „reserves to hold“.

Diese Argumente stoßen auch in den Industrieländern auf zunehmende Kritik. Führende Wissenschaftler (z. B. Tinbergen, Streeten, Machlup) sehen durchaus Möglichkeiten für eine Realisierung des Link.

Kontrollierbare SZR

Zunächst kann man sagen, daß die immer wieder befürchtete unkontrollierte Schaffung von SZR wenig wahrscheinlich ist. Denn der IWF schafft neue SZR nur entsprechend dem Bedarf an internationaler Liquidität. Dieser Bedarf ergibt sich aus der zurückgehenden Bedeutung der traditionellen Reservemedien und den Erfordernissen des wachsenden Welthandels. Er läßt sich zwar nicht genau ermitteln, doch zumindest schätzen. Der IWF befindet sich auf internationalem Gebiet in ähnlicher Position wie eine nationale Notenbank, die die umlaufende Geldmenge dem wachsenden Sozialprodukt bzw. den zunehmenden Transaktionen zwischen den Wirtschaftssubjekten ihrer Volkswirtschaft anpassen muß. Und hier hat die Vergangenheit gezeigt, daß derartige Institutionen dieser Aufgabe durchaus gewachsen sind.

Kann insofern schon die Erfahrung des IWF bei der Schaffung zusätzlicher SZR als gewisse Garantie gegen eine übermäßige Schaffung von SZR angesehen werden, so wird diese Gefahr durch die notwendige Mehrheit von 85 % der Fonds-

Stimmen nahezu völlig ausgeschlossen. Die oft befürchtete „unheilige Allianz“ zwischen hoch entwickelten Defizitländern und Entwicklungsländern ist von den Stimmverhältnissen her kaum möglich, da niemals alle Industrie- bzw. Entwicklungsländer eine in diesem Punkt einheitliche Politik verfolgen dürften. Allein die BRD und Großbritannien könnten mit ihrem Stimmrechtsanteil von 15,22 % neue SZR verhindern.

Schon heute kann die EWG in ihrer gegenwärtigen Form eine Überliquidität durch Schaffung neuer SZR verhindern. Die fortschreitende europäische Integration und die Bemühungen um die Währungsunion sprechen dafür, daß die EWG-Länder in Zukunft noch weit einheitlicher auftreten und abstimmen werden. Ein Ausscheren eines oder mehrerer EWG-Länder mit Zahlungsbilanzdefiziten und die folgende Koalition mit den Entwicklungsländern und allen Defizitländern wird dann nahezu unmöglich sein.

Inflationsgefahr übertrieben

Diese Überlegungen zeigen, daß ein Urteil über die Auswirkungen des Link stets mehreren unterschiedlichen Aspekten Rechnung tragen muß. Das gilt auch für die unterstellte Inflationsgefahr durch den Link.

Da man davon ausgehen kann, daß zusätzliche SZR in erster Linie entsprechend dem internationalen Liquiditätsbedarf geschaffen werden und ihre Schaffung vom IWF kontrolliert werden kann, ist eine Inflationierung durch ein Überangebot an internationaler Liquidität weitgehend auszuschließen. Nach Ansicht der Link-Gegner besteht jedoch eine weitere wichtige Inflationsquelle darin, daß die Entwicklungsländer die durch den Link erlangten SZR zur Finanzierung von Importen aus Industrieländern verwenden. Sie unterstellen, daß sich die dadurch mögliche zusätzliche Nachfrage vor allem auf international besonders wettbewerbsfähige Länder richten wird, deren Kapazitäten ohnehin stark ausgelastet sind. Dieses Argument ist jedoch in dieser allgemeinen Form nicht haltbar:

Die Nachfrage aus Entwicklungsländern ist nämlich nicht allein preisabhängig. Gerade beim Import wichtiger Investitionsgüter beeinflussen u. a. bisherige Kontakte zu bestimmten Industrieländern, vorherige Lieferungen, Service-Leistungen, Qualität oder Zahlungsbedingungen (vor allem für Komplementärlieferungen) die Kaufentscheidung in starkem Maße. Die Nachfrage kann sich deshalb auch auf Länder richten, die sich in einer kurzfristigen Rezessionsphase befinden (und damit für die Wirtschaft dieses Landes tendenziell positiv wirken).

Die Größenordnung der durch einen Link mobilisierten Nachfrage relativiert die Inflationsgefahr selbst dann erheblich, wenn sich die Nachfrage tatsächlich ausschließlich auf Industrieländer mit Hochkonjunktur richten würde. Im Zeitraum 1970–1972 sollen insgesamt 9,5 Mrd. Einheiten SZR (1 Einheit = 1 \$ alter Parität) zugeteilt werden. Die dritte Zuteilung am 1. Januar 1972 betrug ca. 3 Mrd. SZR. Unterstellt man, daß die Industrieländer davon rund 2 Mrd. erhalten, so würden den Entwicklungsländern durch den Link (ohne Rekonstitution) zwischen 500 Mill. und 1,5 Mrd. SZR zufließen (bei einem Link von 25% bzw. 75%). Auf der Basis alter Dollarparitäten entspricht dieser Betrag 3,2% bzw. 9,7% der Entwicklungshilfeleistungen der DAC-Staaten im Jahre 1970.

Würde sich die gesamte auf diese Weise mögliche Zusatznachfrage auf die Bundesrepublik richten, so ergäbe sich (gemessen an der Ausfuhr des Jahres 1970) ein Zusatzexport von 1,5% bzw. 4,5%. Da aber die zusätzliche Nachfrage auf alle Industrieländer streuen würde, kann der so entstehende Exportzuwachs kaum als besonders inflationsfördernd angesehen werden.

Gegensteuern möglich

Selbst wenn der Exportzuwachs ein großes Ausmaß erreichen würde, beständen in den Industrieländern Möglichkeiten, eine entsprechende Anti-inflationspolitik zu betreiben. Eine derartige Politik wird heute bereits von nahezu allen Industrieländern betrieben, um:

- den Export weiterhin als Wachstumsfaktor zu nutzen,
- die tendenziell inflationistischen Auswirkungen von kreditierten Lieferungen in Entwicklungsländern zu dämpfen, die sich bei der privaten Hilfe ergeben,
- die z. T. durch Kreditschöpfung im Rahmen des Gesamthaushalts finanzierte öffentliche Hilfe in bezug auf ihre Preisniveaueffekte zu neutralisieren.

Außerdem ist bei der Inflationsdiskussion zu prüfen, ob die durch den Link erzeugte Zusatznachfrage das Entwicklungsvolumen tatsächlich im gleichen Umfang steigern würde. Man kann nämlich mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit unterstellen, daß dies nicht der Fall sein wird, da

- die Link-Leistungen im Rahmen der 1%-Klausel angerechnet werden und
- sie die bisherigen öffentlichen Leistungen zumindest teilweise substituieren.

Die ohnehin begrenzte inflationistische Wirkung des Link ist somit um die Inflationswirkung der substituierten Transaktion zu vermindern.

Bei nahezu allen Argumenten gegen den Link wird die Rolle der IDA zumeist völlig übersehen. Diese Institution wirkt jedoch als zusätzliches Regulativ. Die SZR werden nämlich nicht den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt, sondern verbleiben bei der IDA. Nach den bisherigen Plänen kann man davon ausgehen, daß die IDA die Link-Mittel zur Finanzierung ihrer Entwicklungsprojekte einsetzt. Durch die üblichen Prüfungen und Evaluierungsmethoden besteht die Möglichkeit, hier der entwicklungspolitischen Effizienz besonders Rechnung zu tragen (z. B. Berücksichtigung der least developed countries). Eine bestimmte regionale Lenkung der Kapitalströme erscheint insoweit realisierbarer.

Ungeklärt ist bisher, ob die IDA mit Hilfe der SZR Projekte auf Kreditbasis finanziert oder Schenkungen vornimmt. Es ist jedoch anzunehmen, daß die IDA ihre Geschäftspraxis in Form einer sehr langfristigen, zinslosen Kreditvergabe beibehält. Hinsichtlich der Inflationswirkung ergäben sich allerdings bei Krediten dieser Art und Schenkungen keine großen Unterschiede.

Auf die Entwicklungsländer selbst wirkt der Link nicht inflationär. Während sich dort nämlich das Angebot im Inland erhöht, werden die Geldströme nicht unmittelbar beeinflußt.

Diskussion notwendig

Hinsichtlich der Differenzierung der Reserven in „Reserven zum Halten bzw. zum Ausgeben“ läßt sich – losgelöst von der Diskussion um die Inflationswirkungen – sagen, daß diese Unterteilung einen recht willkürlichen Charakter hat. Denn letztlich sind alle Reserven zum Zweck der Verausgabung in irgendeinem Zeitpunkt geschaffen. Wichtiger als diese Unterteilung erscheint die Frage, ob die Funktionsfähigkeit der SZR durch den Link beeinträchtigt würde. Das ist nach den vorhergehenden Überlegungen wenig wahrscheinlich, solange man die Grundregeln bei der Schaffung von SZR weiterhin beibehält.

Da eine Kontrolle über die Schaffung von SZR in Zukunft offensichtlich möglich ist, außerdem die Inflationswirkungen weit geringer sind, als bisher vermutet wurde, und schließlich in Form der IDA eine zusätzliche institutionelle Kontrollmöglichkeit besteht, erscheint es sinnvoll, wenn die Industrieländer ihre bisherige ablehnende Haltung gegenüber dem Link – vor allem unter entwicklungspolitischen Aspekten – überprüfen würden. Man wird der Entwicklungspolitik keinen Dienst erweisen, wenn man auch in Santiago bei dem bisherigen starren Nein bleibt.